

1919, von morgens
aale des Esse zur
eine Anzahl Möbel
verlaufen, wie:
Kammertüren, 1 Hart-
zugsziehtisch, Nachttische,
Kleiderständer, Chaise-
longue Salon S. XIV.,
doppelte und einfache
Holzstühle, Wasch-
zeug.

dem Zustand.

1499

IERE

eizerischen Militär-
die schweizerische
dem Militärdienst
tire wie folgt:

, 10 Uhr vorm.
nennstungen)
tire.

ni, 10 Uhr vorm.
e Begie)

tire.

Pferderegionstalt

Reihthalten

Schießtage:

nd 29. Juni 1919

Uhr

Der Vorstand.

Heimwesen

alt 1 Zucharte Walb,

nd.

Bandére, Avenue

Fribourg.

1605

Vorstand Heberstorff

Schießübungen

und 29. Juni

und 20. Juli

um 1 Uhr

1900 und 1901 können

Präsident Hunziker

Heberstorff ist während

Der Vorstand.

Volksbank

von Fr. 92,000,000

eru

Darlehen

Bankgeschäfte

Mitglieder.

Zahlungen auf

Juli 1919 ab

1608

von 1 1/2 % wird

die Mäd-

inner 5 Jahren

zu geschehen hat.

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Normalo „Freiburger Zeitung“)

Reaktion- und Verhaltungsbericht: Perspektivstrasse 53, Freiburg (Schweiz) Telefon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICAS, Schweizer Annoncenexpedition 11-12, Telefon 1.35

Glossen zum Luzerner Parteitag.
(Vgl. „Freiburger Nachrichten“ Nr. 135 und 136.)

III.

Durch die Aufstellung eines offiziellen Verzeichnisses der sozialen Postulat hat der Luzerner Parteitag der konservativen Volkspartei eine Begleitung gegeben für ihre soziale Tätigkeit, die, wenn sie alleinig getreu befolgt wird, der Partei eine Anziehungs- und Schlagkraft verleiht, wie sie keine andere Partei besitzt.

Die Luzerner Postulate der sozialen Reformen dürfen sich in aller Welt sehen lassen. Sie unterscheiden sich von den gleichartigen Postulaten anderer Parteien durch ihre gerade Linie. Es steht ein großartiger Zug in ihnen, ein Geist, der einem das Herz höher schlagen macht, und mit freudiger Hoffnung für die Zukunft erfüllt. Die Postulate, ernstlich aufgestellt und energisch in der Lessigkeit vertreten, sind fähig, die Gesellschaftsordnung umzumodeln, den „sacra egoismo“ in der Wirtschafts- und Staatspolitik auszutreiben und das Schlagwort des Liberalismus, daß Religion und Moral mit der Politik nichts zu tun habe, praktisch außer Acht zu legen.

Was der Parteitag in Sachen der Volkswohlfahrt, Alters-, Zwischen- und Hinterbliebenen-Versicherung, in der Regelung der Arbeitszeit, in den schwierigen Fragen der Lohn- und Erwerbsverhältnisse, in der Arbeitslosenfürsorge, in der Siedlungs- und Agrarpolitik und ganz besonders in den Schutzmaßnahmen für die schwer bedrohte christliche Familie und Christus als anzustrebendes Ziel proklamiert hat, könnte man am besten in die Worte zusammenfassen: „Omnia instaurare in Christo.“

Wenn die Kräfte hinreichen, diese Postulate zu verwirklichen? Wer will dies befürchten? Oder besser gesagt: wer wird die Ausführung dieser Postulate, die Verwirklichung dieser Ideale übernehmen? Die Volkvertreter in den Parlamenten? Die beruflichen Organisationen und Gewerkschaften? Die politischen Komitee?

Für sich allein ist keine dieser Instanzen dazu fähig. Die Schwierigkeiten sind zu groß. Das Gesetz des Beharrungsvermögens ist auch noch da und in unseren Kreisen ist es von besonders großer Bedeutung, daß Beharrungsvermögen das die alten Gelenke sieht und an sich nichts anderes ist als der wissenschaftlich gefärbte Ausdruck für einen Zustand, der in der ländlichen Sprache mit dem Worte „alter Schleidrich“ bezeichnet wird.

Die Volkspartei in allen ihren Verbindungen der örtlichen Organisation muss sich der Sache bemächtigen, wenn sie wirklich dem Ziel entgegen gefördert werden soll. Das Volk in allen Schichten muss dafür gewonnen, oder wiederholt damit bekannt gemacht werden. Es hat so viel Gutes, so viel Erfüllung seiner gebildeten Lage zu erwarten, daß es mit Herz und Seele dafür eintreten wird. Viel mehr als man allgemein glaubt, ist das Volk für erhabene Ideale begeistertfähig. Unser Volk wird in ziemlich einmütigem Drängen die Hand erheben, wenn es gilt die Grundlage des Christentums wieder in die verlorenen Gebiete der Politik und Wirtschaftspolitik einzuführen und einzubürgern, Gebiete, welche unsere politischen Führer nur seltsam sehr haben überwunden lassen vom Schattenraum und Schlingengesträng des alles verachtenden Liberalismus.

Mit großer Entschiedenheit wurde dies am Luzerner Parteitag betont. Und der Umstand, daß die Redner, welche diese Töne anschlugen, am stürmischen Beifall belohnt wurden, ist ein Zeichen, daß es sogar in unseren Reihen. Es brauchte nur der Ruf des Herrn Staatssrat Wujc, nach einer wissenschaftlich sozialen Schule, um sämtliche Parteigenossen mit Freude zu erfüllen in der Hoffnung, daß unsere soziale Aktion durch ein solches Institut unverzweigbar Augen ziehen werde.

In dieser Beziehung hat die öffentliche Meinung in unseren Reihen im Laufe von wenigen Jahren völlig ins Gegenteil umgeschlagen. Vor einigen Sommern hieß es noch, die Soziologen seien ein Überleben an unserem politischen Körper, die sozialen Theoretiker fahren mit der Stange in den Wolken herum und seien die Arbeiter nicht, die unten im Staube der Strafe sich mühsam dahinschleppen. Der Spott war

Als Regel ist festzuhalten,

dass ein Katholik nicht Sozialdemokrat sein darf, weder ein innerlich überzeugter, noch ein äußerlich mittäusender. Denn im ersten Falle, wenn er der sozialistischen Lehre innerlich bestimmt, hat er tatsächlich den christlichen Glauben bereits angegeben. Im letzteren aber, wenn er nur äußerlich mittäuft, begibt er sich, wie leider die tatsächliche Erfahrung lehrt, in die nächste Gefahr, seinen Glauben zu verlieren. So lange nun ein solcher an der Irretheorie festhält, oder die nächste Gefahr, welche seinen Glauben bedroht, nicht meiden will, befindet er sich nach den Gesetzen der Moral nicht in der Versetzung, die Sakramente der Kirche würdig zu empfangen. (Bischof Dr. Georgius Schmidt von Grüneck in seinem diesjährigen Faschingspredigt: „Die große Gefahr“ heißtest. Seite 5.)

Die Bischöfe von Holland haben in einer gemeinsamen Verordnung für ihr Diözese eine Reihe von Sätzen aufgestellt, in denen es u. a. heißt: „Der Katholik, der regelmässig anchristliche und sozialistisch Schriften liest, oder sozialistischen Versammlungen beitönt, begibt sich dadurch in die nächste Gelegenheit, seinen Glauben zu verlieren und kann solange er diese Gelegenheit nicht meiden will, keine Eucharistie erhalten und infolgedessen kein Sakrament würdig empfangen.“

Halb zog es ihn, halb sank er hin“.

Die „Voss. Nach.“ vernehmen: Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement beantragt beim Bundesrat eine Vorlage an die Bundesversammlung in dem Sinne, daß den Bürgern und Teilnehmern im Generalsatz, welche eine Verurteilung erfahren haben, drei Werte der Strafe zu erlassen sind.

Werden gewöhnliche Straflinge begnadigt, so müssen sie zwei Drittel der Strafe abgebußt haben, und sich während dieser Zeit öffentlich aufgeführt haben, sowie auf eine militärische Verstellung schlicken lassen. Daß das bei den Streithelden der Fall sein wird, glaubt wohl niemand und daß es in der Demokratie spazierende Eltern gibt, weiß man schon. Alles

darf die Bundesversammlung die Herrschaften ruhig — begnadigen. Es wird sich niemand verwundern.

Die Völkerbundsfrage im Ständerat
(Glossen zur Interpellation Winiger)

(Statt. aus Bern.) Herr Ständerat Winiger, der seit langen Jahren die Fragen der auswärtigen Politik (als Spezialist auf diesem Gebiete) behandelt, hat den Bundesrat über die Völkerbundsfrage in ebenso vorzüglicher Weise interpelliert, als der Vertreter der schweizerischen Regierung, Herr Bundesrat Galonder, geantwortet hat. Da aber diese Frage, um mit dem bündesrätlichen Redner zu sprechen, eine „Schlafersfrage“ ist, von deren Lösung für Gewerwart und Zukunft unseres Landes ungemein viel abhängt, sei es uns gestattet, die Worte des Chefs des Politischen Departements mit einigen Bemerkungen zu begleiten.

Herr Galonder, selbst Spezialist auf dem Gebiete des Neutralitätsrechts, hat gerade vor einem Jahre jene vielbehauptete Rede im Nationalrat über die Völkerbundprobleme gehalten, in welcher er in deutlicher Auseinandersetzung mit den ehemaligen Wilsonschen Ideen in großzügigem Maße die Richtlinien eines Völkerbundes gezeichnet hat, dem die Schweiz zumindest könne und diese Zustimmung durch den Beitritt in die neue internationale Organisation bestätigen würde. Der Niederschlag der Galonderischen Idee kann seinen Ausdruck in dem von Professor Max Huber und der bündesrätlichen Expertenkommission aufgestellten „Völkerbundsentwurf“, der am 11. Februar diesen Jahren und den fremden Mächten zugestellt wurde. So verwohl vom Völkerrechtlichen Standpunkt die vom Schweizer Entwurf gemachten Anregungen auch sein mögen, und selbst wenn auch Herr Bundesrat Galonder in seiner Antwort auf Winigers Frage sagt, „die gemachten Vorschläge seien in irgend einer Form berücksichtigt worden“, so muß der Leiter unserer Außenpolitik doch zugeben, daß eine Änderung der Grundlagen des Pariser Entwurfs leider nicht möglich gewesen ist.

In seiner reizvollen Art verurteilt der Sprecher des Bundesrates doch die Entschließungsgechichte des Pariser „Pacte“ und läßt ein sanftes Veit hören gegenüber dem Abschluß der Schweiz von der Entscheidung über Abmachungen, an denen unser Land aufs höchste interessiert ist. Mit einem großen Teile des Schweizervolkes findet auch der Bundesrat, daß „die jetzige Lösung weit entfernt ist unserer Wünsche zu entsprechen...“ Die schmerzhafte Enttäuschung über die Ablehnung gewisser leitender Grundsätze (so namentlich der Gleichheit der Staaten) unseres Vorentrurfs teilen mit Herrn Galonder so ziemlich alle, denen nicht unbedingt Enttäuschung die Augen blendet. Herr Prof. Max Huber, unser Delegierter in Paris, der sehr in der bernischen Offiziersgesellschaft einen Vortrag über dieses Thema hielt, muß ja selbst zugeben, daß es uns nicht gelingt, einen Stern zu errichten, dem man eine Palme gibt, und der sie nicht ohne deren Wirkung zu tunnen, oder wie man sich an einem unbekannten Rettungsanker hält. Der ganze erste Teil der Galonderischen Rede verrät jene berechtigte Fassung Pessimismus, den Herr Bundespräsident vor nicht geheilt hat, als er uns letzten Samstag ansässig des in Bern gespielten Stükcs „La gloire qui chante“, zum Optimismus aufzorderne.

Der bündesrätliche Sprecher hat in seiner Rede eine Enthüllung gebracht, indem er mitteilte, daß eine schweizerische Militärmision in Paris die Widerstände gegen die Anerkennung unserer militärischen Neutralität zu brechen im Stande war. Er die Sonderverhandlungen mit Frankreich, das von den Konferenz-Grokmächten an unserer Neutralität in erster Linie interessiert ist, haben uns die Anerkennung der Neutralität im Artikel 43 des Friedensvertrages gegen Verzicht auf die neutralisierten Zonen von Savoien gebracht. Die leise Andeutung Galonders betr. die wirtschaftliche Neuordnung der Schweiz in Völkerkriegszeiten ist höchstens die, daß ein solches Staatswesen, wie der Pariser Entwurf es vorstellt, gar nicht lebensfähig sein kann. Abgesehen davon, daß 4 Millionen Deutsche unter die Herrschaft der Tschechoslowaken, Ungarn, Ser-

iens, Neutralitätsrechts gebunden“ sei) mutet uns bereits wie ein Verzicht auf die wirtschaftliche Neutralität an und wir würden unsererseits sehr bedauern, wenn der Bundesrat in seiner im nächsten Monat zu publizierenden Botschaft diese durchlöcherte Neutralität als hinfällige Garantie für unsern Beitritt erachtet würde.

Die große Grundfrage, ob nämlich „der Völkerbund auch in seiner heutigen mangelschaffenden Form eine erlaute Stütze auf dem Wege zu einer solchen Neutralitätsordnung darstellt“, ist in der bündesrätlichen Antwort auf die Interpellation Winiger bereits verneint, indem Mr. Galonder zugeben muß, daß „leidende Grundsätze“ die nach schweizerischer Ansicht dem Bundesrat beigebracht werden sollen, vollständig unbeachtet geblieben sind. Doch auch diese wesentlichen Mängel in den Grundlagen des Völkerbundes schaffen eine nachträgliche Revision in unserm Sinne nicht ganz aus, sobald besonders nach erfolgtem Eintritt auch der Zentralstaaten eine, wenn auch geringe Opposition auf entscheidende Verbesserungen des Völkerbundes vorhanden ist. Wir scheuen uns hingegen durchaus nicht laut und offen zu betonen, daß auch rein-menschliche Verbesserungen im Rahmen des Völkerbundes nicht genügen, sondern daß nur die Einführung echt christlicher Gedanken wahrer Völkervereinigung eine Erneuerung unserer moralischen Staatsideale mit christlichen und sozialen Quellen bringen kann, auf denen allein ein Völkergebäude errichtet werden kann, das ewig vertritt.

Wie schwach rein humanitäre Motive Wilsonscher Prägnanz sind, um die entsetzlichen Kästen auseinanderzuladen, das sollen diesen die traumartigen Erfahrungen der letzten Monate zur Kenntnis eingeschafft haben.

Die Woche

Die zweite Juniwoche hat in der großen Politik noch immer keine Entscheidungen gebracht. Statt dessen hat sich der unheimliche Druck, der auf der Welt lastet, noch verschärft, die Spannung ist gestiegen. Hoffnen sich nicht bald die Sicherheitsentwile in Form eines erträglichen und anständigen Friedens, so wird die Katastrophe unvermeidlich. Sechs Wochen wird nun schon um den Frieden mit Deutschland herumlaberthet, ohne zu einem befriedigen Ergebnis zu kommen. Es will einem scheinen, die lokale Anwendung der „neuen internationalen Gerechtigkeit“ sei ebenso verzweifelt, wie weiland die Staatskunst des Wiener Kongresses. Aber mit Klauseln und Paragraphen werden heute keine Revolutionen mehr unterdrückt.

Die Proben, die der Umsturz vorstellt, stimmt zur Prüfung seiner Kraft mehrten sich in bedrohlicher Art, und sie greifen auch auf das Gebiet des Siegers über, der sich noch gestern über alle diese Dinge erhoben glaubte. Unter den Feindern des Viererreies wird rücksichtslos gestreift, und für die nächste Zeit wird eine Demonstration der Arbeiterschaft von Frankreich, England, Italien und Belgien in Erwägung gezogen. Daneben fordern die Truppen ungebüldig ihre Heimkehr, weigern sich in die besetzten Gebiete abzuziehen, (Toulon) oder gründen Soldatenküste, wie es in Ägypten vorlaut. Ohne Zweifel ist die Zeit, wo der Soldat die geduldige Schachfigur eisler Machthaber war, auch für die Entente grundlich vorbei.

Der Friedensentwurf für Deutschland, der schon als „Brückstück“ in die Öffentlichkeit trat, hat in der vergangenen Woche noch keine Verwollsmung erfahren. Dagegen hat die Welt Zeit gehabt, sich zu den jüngsten Werken der Pariser Friedensmacher zu äußern. Die Bedingungen, die in St. Germain überreicht wurden, haben in Österreich eine helle Empörung wachgerufen. Die schlimmsten Vermüungen sind noch übertroffen worden. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß ein solches Staatswesen, wie der Pariser Entwurf es vorstellt, gar nicht lebensfähig sein kann. Abgesehen davon, daß 4 Millionen Deutsche unter die Herrschaft der Tschechoslowaken, Ungarn, Ser-

ben und Italiener gestellt wurden, soll Deutschösterreich alle jene Gebiete erlangen müssen, die wirtschaftlich einigermaßen vorteilhaft wären. Der Staatskanzler Renner hat nun diese Kostlage der Pariser Konferenz in einer Note vor die Augen gestellt. Das ob-dnormale Verhältnis der zweimillionenstadt Wien zu einem etragarmen Hinterlande von nur 4 Millionen müsse gewöhnlichen Sterblichen als Joldes zum Vorwurfe laufen. Ob es bei den Herren hinterm grünen Tisch auch der Fall sein wird, ist fraglich. Hier sind die Grundsätze der Gerechtigkeit, wie man den Imperialismus und die Eroberungssucht auch zu benennen pflegt, andere, je nach dem man die Vereinigung Österreichs mit Deutschland will (wie Italien) oder die Errichtung einer neuen Donaumonarchie (wie die Franzosen). Jedenfalls hat Österreich so gut wie Deutschland erfahren, daß es trotz der Führung der Demokratie keinen Deut besser behandelt wird, als es unter einem Monarchen hätte der Fall sein können; mehr als alles hätte man auch dann nicht fordern können.

So erklärte der selbstverstehende Staatssekretär des Aystern von Deutschösterreich einem Pressevertreter: „Mit der Regierung vom unabhängigen Staate Deutschösterreich ist es nun aus. Heeresstärke, Minderheitsrechte und Handelspolitik werden vorgeschrieben, die Rechte der Eisenbahn-, Schifffahrt- und der Verkehrsbehörde überhaupt verloren und sind auf ein Minimum beschränkt, hinsichtlich der internationalen Verträge wird sich Deutschösterreich Besäße aller Art gefallen lassen müssen. Wohin man blickt, Gebundenheit und Abhängigkeit. Ein Staatsweisen, daß nach so vielen Niedergängen einem fremden Willen untertan ist, kann selbstverständlich auch nicht darauf rechnen in seiner Politik unabhängig zu sein. Es wäre töricht, wenn man uns noch allem noch weiter einreden wollte, daß irgend einer unserer Gegner um unsere Unabhängigkeit besorgt sei. Die Welt muß aber wissen und daran glauben, daß die österreichischen Deutschen an ihrer Nationalität, an der Vereinigung aller Deutschen Österreichs und an der tausendjährigen Gemeinschaft mit Deutschland festhalten.“

Der Kleckermeister beschreibt sich am Donnerstag außer mit der russischen Angelegenheit weiterhin mit der Antwort an Deutschland. Dafür heißt es, dieselbe werde am Samstag, bald am Montag überreicht. Das Schriftstück soll etwa 50 Seiten umfassen. Hinsichtlich der Entschädigungen wurde nichts Besonderes geändert. Auch hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund bleibt Clemenceau auf seinem bisherigen Standpunkt, doch sind hierin etliche Erleichterungen nicht abgeschlossen. Für die Grenzregulierungen in Oberschlesien und nunmehr Volksabstimmungen in Aussicht genommen — trotz Clemenceau.

Die Pariser Presse will bereits eine energische Haltung der deutschen Delegation bewirkt haben, — welche auch für das Elsass die Volksabstimmung verlangt. Anderseits darf die Haltung der Arbeiterschaft in den Ländern der Entente, deren Vertreter heute über eine gemeinsame Aktion Beschlüsse fassen, nicht ohne Rücksicht auf den Pariser Kongress sein.

Der Pariser Korrespondent der „Daily News“ meldet auch, es scheine, daß unter kleinen Büren in Südsfrankreich eine Abrechnung gegen die Annahme eines Mandats über Deutsch-Südwüsteafrika durch die südafrikanische Union herrsche. Die Büren seien dafür, daß Deutschland die Asone weiter bewalte, und zwar unter Kontrolle des Völkerbundes; auch General Smuts soll für dieses System sein.

In der englischen Presse, freilich nicht in der Nachschlag, mehren sich die Stimmen, die entschieden eine Revision des Friedens verlangen. „The Daily Round“ wendet sich schärf gegen die Hartnäckigkeit Clemenceaus und die Monatszeitung „The Statesman“ schreibt sogar: „Zum ersten Male seit fünf Jahren bleibt und möchte anderes übrig, als der Ansicht zu sein, daß das Recht nicht länger auf unserer Seite steht, sondern auf der Seite der „Künste“, und es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß die große Mehrheit der britischen Bürger und eine noch größere Mehrheit der englischen Soldaten diese Auffassung teilt.“ Das Blatt fügt bei, wenn Deutschland die Friedensbedingungen ablehnt, die im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons stehen, wenn es in den abgetrennten Gebieten Volksabstimmungen verlangt, wenn es gegen die Unterwerfung von Deutschen unter die polnische Herrschaft protestieren, wenn es einen Höchstvertrag der zu zahlenden Entschädigungen festgesetzt wissen will, so hat es das Gewissen der gesamten Welt, sowohl der Alliierten, wie der Neutralen auf seiner Seite. Wenn Deutschland sich weigere, zu unterzeichnen dann werde man in England einschließen: „Wir hätten uns auch geweigert.“ Man braucht all diese Anzeichen nicht zu übersehen. Bedeutungslos sind sie gleichwohl nicht. Es könnte gar leicht noch zweit Preßer in die Suppe geben...

An die Völker der Welt.

ag. Tiroler Pressebüro. Die Tiroler Landesregierung riefte am 12. Juni einstimmig folgende feierliche Auftage an die Völker

Amerikas und Italiens: Von der Gefahr der Freizeitung und Unterdrückung bedroht, fragen wir euch Amerikaner der Union, die ihr euren Staat aufgerichtet auf dem Recht der Völker, ihre Regierung selbst zu bestimmen, die ihr euch jederzeit für die Sache der Freiheit eingesetzt habt und auch diesen Krieg beendet wollt durch eine allgemeine, auf Recht und Gerechtigkeit begründete Ordnung der Menschheit: Könnt ihr zustimmen, daß das Volk Südtirols geschneidert und vergewaltigt, von seinen Brüdern in Nordtirol nach tausendjähriger Sozialistengemeinschaft getrennt und einer Fremdherrschaft ausgeliefert werde?

Volk Italiens, in hundertjährigem Kampf hast du die deine nationale Einigung errungen. Willst du nun jenes Unrecht, das du selbst stets schmerzlich empfunden und endlich abgeschüttelt hast, willst du es jetzt wirklich einem Teile jenes Nachbarvolles auferlegen, das mit dir in Freiheit und Freundschaft leben will? Soll im Herzen Europas ein neuer Herr des Unfriedens geschaffen werden, von dem, in späterer Zeit wieder die ganze Welt in Brand gezeigt werden könnte?

Völker des Erdalles, die ihr berufen seid, über den Frieden der Welt zu wachen, wir können nicht glauben, daß mit eurer Zustimmung die Wilsonschen Grundätze herabgewürdig werden zu einer Kriegslist und daß Deutsch Südtirol verhandelt und aus einer Souveränität in eine andere verschoben werde, wie eine Ware. Gibt Antwort! Mit uns steht das ganze deutsche Volk. Wir harren in Sorge der Entscheidung, ob jetzt das Recht obliegt, oder aber die alte Gewalt.

Scheidemann zur Friedensfrage.

Weimar, 12. Juni, ag. In der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages führte Scheidemann zur Friedensfrage aus:

Der tiefe Sinn, der uns vorgelegten Friedensbedingungen ist, daß der Siegessieg Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsformen aufzwingen will. Das ganze deutsche Volk sollte zu einem Völkervertrag gemacht werden. Die ganze Welt ist einig, daß in den Beziehungen des Viererates kein dauerhafter Frieden zu finden ist. Wir waren und sind bereit jedes Opfer aus unserer Völkerkraft herauszuholen, das wir bringen können, ohne die Völkerkraft selbst zu zerstören. Wir haben unser Friedensangebot gefestigt, nicht weil wir uns als schwach vor dem Starren deuten müssen, sondern weil wir erkannt haben, daß nicht alle Forderungen der Gegner ungerecht waren. Wenn die Gegner keinen Mann mehr auf den Deinen und keine Regel mehr im Gewebe haben, dann gilt es für uns recht das zerstörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen. Wir rufen unseren Gegnern zu: Wir sind bereit mit euch einen gehobenen Vertrag zu schließen, einen Vertrag, der uns nicht billigt wird, sondern den wir freiwillig geben. Es soll als gerechter Friede den letzten Krieg der Welt beenden.

Die Alliierten und Russland.

Paris, 12. Juni, ag. (Havas.) Gesicht auf die Antwort Kotschaks, die sich in zukommendem Sinne zu den Vorfällen der Entente führt, haben die Alliierten beschlossen, die Regierung des Admirals Kotschaks und seine Verbündeten zu unterstützen.

Paris, 13. Juni, ag. (Havas.) In einer weiteren Note an Admiral Kotschak hat Clemenceau namens der Alliierten in präziser Form die Politik festgelegt, die die Entente gegenüber Russland beforscht wird. Er sieht eingehend fest, daß die Unterhandlungen der Entente mit der Sowjetregierung zu keinem Resultat geführt haben. Diese Tatsachen nötigen die Entente, die Regierung Kotschaks zu unterstützen, insfern diese der Entente für folgende politische Ziele garantiert:

1. Sobald Kotschak nach Moskau vorgebrungen sein wird, hat er die konstituierende Versammlung, bevorzugt, aus freier und geheimer Abstimmung, als oberste geheiligende Gewalt einzuberufen und soll die Ordnung noch nicht vollständig hergestellt ist, wird er die im Jahre 1917 gewählte Konstituante einberufen. 2. Kotschak wird in den vor ihm bestehenden Gebieten freie Wahlen durchführen lassen. 3. Kotschak wird seinerlei Versuch unternehmen, um die Privilegien besonderer Klassen wieder in Kraft treten zu lassen. Die Konstituante hat momentan die Ausreicherhaltung der bürgerlichen und religiösen Freiheit zu beschließen. Es soll kein Versuch unternommen werden, das alte Regime wieder aufzurichten. 4. Anerkennung der Unabhängigkeit Polens und Finnlands und des Schiedsgerichtes des Völkerbundes, im Falle von Unstimmigkeiten bei der Regelung von Grenzfragen. 5. Gleiche Lösung ist vorgesehen für die Bezirkungen zu Estland, Litauen und den kaukasischen Gebieten, die Russland unterdessen als autonome Staatsgebiete anerkennt wird. 6. Anerkennung des Rechtes der Friedenskonferenz, über das Schicksal der rumänischen Teile Persiens zu beschließen. 7. Nach der Erstellung einer demokratischen Regierung wird Russland gemeinsam mit den Mitgliedern des Völkerbundes an der Belehrung der All-

jungen und der militärischen Einrichtungen arbeiten. 8. Aufrechterhaltung der Erklärung Russlands betreffend die nationale Schule Russlands.

Admiral Kotschak antwortete auf diese Note, daß er Willens sei, den Frieden im Lichte wieder herzustellen und dem russischen Volk das Recht zu sichern, frei über sein Schicksal durch die Konstituante entscheiden zu lassen. Er verpflichtet sich ferner, nach der Ausrottung der Bolschewiks die Gewalt in die Hände der Konstituante zurückzugeben.

Ausland

Der Staatsstreit, den die U.-Sozialisten in Deutschland planten, ist für diesmal falliert. Am sozialistischen Parteitag in Weimar sollte der Reichsminister Rosse gesprengt werden, eben um dadurch die beiden sozialistischen Gruppen wieder zu vereinigen. Rosse wehrte sich und machte die Mitteristung, daß die Unabhängigen eben daran arbeiten, die Regierungstruppen auf ihre Seite zu bringen. Der ehemalige Reichsbeamte Barth unterhandelte in eigener Person mit den Führern der Regierungstruppen. Die Beauftragten der U.-Sozialisten erklärten den Führern der Freiwilligenverbände, daß das Kabinett Scheidemann sich nicht mehr lange halten könne und daß die U.-Sozialisten dann die Regierung übernehmen würden. Eine Regierung der U.-Sozialisten aber müßte sich genau wie jede andere auf eine Militärmacht stützen, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Führer der Freiwilligenverbände haben die Verhandlungen mit Wissen und Willen des ganzen Kabinetts weitergeführt, um über die Pläne der U.-Sozialisten über den Sturz der Regierung, der für die nächsten Tage in Aussicht genommen war, genaueres zu erfahren.

Die deutschen Sozialisten, die in Weimar ihren Parteitag abgehalten haben, sprechen in einer Resolution ihre „Eintritts“ gegen den Gewaltfrieden aus, der mit den Wilsonschen Friedensbedingungen unvereinbar sei. Sie stellen sich rücksichtslos auf den Boden der Berner Sozialistenskonferenz.

In Bezug auf die Feststellung der persönlichen Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und die Art der Kriegsführung fordert der Parteitag von der Reichsregierung ein rücksichtloses Vorgehen. Es wird verlangt, daß die deutsche Republik gleichzeitig mit den übrigen Nationen als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen werde und bei der Feststellung der Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner gewahrt bleibt. Die deutsche Sozialdemokratie ruft die Internationale zum Protest auf gegen den unverhöntesten Gewaltfrieden der monarhen Geschichte.

Kriegsschäden der Hungerblätter müssen mit eingerechnet werden. Deutschland ist bereit, die Schadensfrage international klären zu lassen, es lehnt es aber ab, Deutsche vor ein ausländisches Gericht zu stellen. Es protestiert gegen jede Versäufung des Selbstbestimmungsrechts im Osten, Westen und Norden.

Geld her! Das „Pariser Journal“ stellt annäherungsweise die Entschädigungssummen zusammen, die Deutschland an Frankreich zu entrichten haben dürfte. So sind jährlich 1 Milliarde 100 Millionen an die Verbündeten und Freunde auszuzahlen, ferner an die Witwen 700 Millionen. Zuständige Kreise schätzen die Gesamthöhe der Pensionen u. s. w. auf 3 Milliarden 700.000 bis 4 Milliarden. Die Schuld würde nach etwa 50 Jahren erschöpft. Sie beträgt für Frankreich allein schon zusammen etwa 120 Milliarden, während Deutschland für die ganze Entente nur die Summe von 100 Milliarden angeboten hat.

„Zieh nicht an den Rhein!“ Ludwigshafen, 11. Juni, ag. Die Franzosen und Belgier haben die Rheinserwachen abermals verstärkt, angelehnt der überhandnehmenden Schmuggelversuche. Die Wachen wurden angeordnet, auf jede verdächtige Person, die sich auf Booten oder Booten dem linken Rheinufer nähert, sofort zu schiessen, gegebenenfalls auch mit Maschinengewehren. Die Folgen dieses Bescheides zeigten sich bereits im Laufe der letzten Woche. Allein in der Gegend von Düsseldorf wurden 5 Personen beim Schmuggeln über den Rhein erschossen.

Eine teure Kur. Die österreichischen Experten sind zum größten Teil nach Hause zurückgekehrt, weil sie vorsätzlich ihre Pflicht getan haben, dazu auch, weil die Schriftstelle in St. Germain etwas teuer ist, beträgt sie doch pro Tag und pro Mann 150 Franken.

Teuerungskrisen in Italien. Mailand, 13. Juni, ag. Die Blätter verzichten zusammenfassend, aufsässig der in allen Städten Italiens stattgefundenen Volksbewegungen gegen Lebensmittelsteuerung. Schwere Unruhen ereigneten sich in Spezia, wo es 2 Tote und 25 Verwundete gegeben werden.

In andern Städten fanden ebenfalls Kundgebungen, jedoch ohne Zwischenfälle statt. In Spezia ist der Proteststreik proklamiert worden.

Eine Ministerkrise in Italien steht unmittelbar bevor. Der Verpflegungsminister Giulini, der Kriegsminister Caviglia und der Schatzminister Stringher sollen ihre Dienststellen eingereicht haben. Es werden noch weitere Rücktritte in den Bereich der Möglichkeit gezogen, so daß die Krise leicht eine allgemeine werden kann.

Eine Ministerkrise in Italien steht unmittelbar bevor. Der Verpflegungsminister Giulini, der Kriegsminister Caviglia und der Schatzminister Stringher sollen ihre Dienststellen eingereicht haben. Es werden noch weitere Rücktritte in den Bereich der Möglichkeit gezogen, so daß die Krise leicht eine allgemeine werden kann.

Schweiz

Der Metropolit von Smyrna empfing den Direktor des „Journal de Genève“, Chauvinat, und sprach ihm zuhanden des schweizerischen Volkes den herzlichen Dank der Bevölkerung von Kleinasiens aus. Chauvinat erwiderte, daß die Sympathie des Schweizervolkes für alle unterdrückten Völker ohne Unterschied der Rasse und der Religion stets gleich bleibt. Dr. Pätzow und ein Vertreter der Presse drückten auch ihrerseits dem Schweizervolke und der Schweizerpresse für ihre Sympathie Dank aus. Mehrere Bewohner von Smyrna, die in Genf, Rousse und Basel ihre Studien gemacht hatten, nahmen an der Veranstaltung teil.

Europa von Italienern, ag. Auf Antrag der Delegation für auswärtige Angelegenheiten, die den Herrn Minister Wagner, der speziell von Rom hergekommen ist, angehört hat, hat der Bundesrat vorgestern beschlossen, eine Reise nach Domodossola und Como auf die Einreiseberechtigung zu warten, wo sie eine Reiseabflossungsberechtigung beziehen. Es sollen nach Domodossola und Como ehemalige Kommissare entlassen werden, welche die Einreisenden auf ihre Identität prüfen sollen. Es wird dabei vorgesehen, daß bei unbefriedigenden Feststellungen später eine Ausweisung wieder möglich sein soll.

Rhein-Rhone-Schiffahrt. Biel, 12. Juni, ag. Heute fand in Neuenstadt die Delegiertenversammlung des Rhein-Rhone-Schiffahrtverbands statt, die von 150 Teilnehmern besucht war. Jahresbericht und Rechnung wurden genehmigt. Der Verband zählt gegenwärtig ca. 2700 Mitglieder. Als Vorort wurde Genf bestimmt und als Präsident des Verbandses Hirspruder Paul Palmer, Genf, gewählt. Es wurde beschlossen, mit aller Energie dahinzuvorilen, daß die Lösung des Schiffahrtsprojekts in großzügiger Art verwirklicht wird und daß der Gedanke in immer weiteren Kreise dringe.

Der Staatsrat des Kantons Wallis hat einen Gesetzesentwurf angenommen, der sich auf den Automobil- und Motorradverkehr bezieht und durch den folgenden Alpenstrassen freigegeben werden: Brig-Gletsch, Gletsch-Grimmeli, Gletsch-Furka, Brig-Simplon-Gondo, Leukerbad, Sierre-Médié, Sierre-Montana, Granges-Lens, Sitten-Mahens-de Sion über Les und les Agettes, Martigny-Großer Martigny-Châtelard, Monthey-Morgins, Monthey-Champéry. Der Verkehr ist untersagt während der Nacht, d. h. von 8 Uhr abends weg in den Monaten Mai bis September und von 5 Uhr abends weg in den andern Monaten des Jahres, ausgenommen in Fällen höherer Gewalt. Die Geschwindigkeit darf 18 Kilometer in der Stunde nicht übersteigen. Bei der Durchfahrt durch Ortschaften und über Brücken muss sie derjenigen eines trabenden Pferdes entsprechen.

In Uganda brach gestern morgen um 2 Uhr früh in der Scholadenfabrik Compagnie Suisse ein Brand aus, der sich rasch verbreite und das Erdgeschoss, das viele Waren vorräte und Maschinen enthielt, einnahm. Der Schaden beläuft sich auf 1 Million Fr.

Bericht über grobe Täuschungen. Berlin, 12. Juni, ag. (Wolff.) Der Versammlungsausschuss der Nationalversammlung ist auf den 16. Juni, Vormittags 10 Uhr, nach Berlin einberufen worden.

Konstanz, 13. Juni, ag. (Wolff.) Bei den gesetzlichen Bürgermeisterwahlen wurde Dr. Mörike, Speyer, zum Oberbürgermeister, Reichsrat Dr. Dietrich zum ersten und Ingenieur Arnold Karlsruhe, zum zweiten Bürgermeister gewählt.

5 Banditen überfielen auf der Straße von Brixlegg nach Brixen einen Geldtransport des Brixleggverles. Sie sind mit 1.900.000 Mark entkommen.

Vom Standgericht in München wurde der ehemalige Student der Nationalökonomie Klingelhöfer wegen Hochverrats zu 5 Jahren, 6 Monaten Festung verurteilt, unter Jubiläum ausmildernder Umstände. Seine Frau, die der Beihilfe angeklagt war, wurde freigesprochen.

Brixen, 13. Juni, ag. (Wolff.) Nach den bisherigen Erhebungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer der lettischen Volksbewegung auf über 3600 Personen aller Nationalitäten und beiderlei Geschlechts.

Brixen, 12. Juni, ag. Dem „Echo de Paris“ zufolge starzte der bekannte Filzgerichtsmann Matz während einer Evolution zu Tode.

Wie das neue Leben
in Yucatan (Mexiko) v.
Tagwacht“ ihren Besuch
richten, die sie in den S.
cialist“ und „Internationa
den habe. Das Werner

Alle großen Güter w.
Boden gehört der Gesam
Geldboden wurde jedem Einwo
es genügt, dieses Zeichen
den Warenhäusern alle
stände zu erhalten. Dies
gut und hat zu keinen
ben.“

Wie lange dieses „
niert“, und „zu keinen
zeigt die „Werner Tagw
ihren Besuch einen bede
gefundene Vermut zu, da
preisen kann.

Mehr auch über die
weiß die „Tagwacht“:
zählen. Sie schreibt:

„Auch die Sozialist
gute Resultate gezeigt
finnen, in welcher frühe
er 14-jährigen Arbeit
den die Arbeiter in sie
die Fahrt ist noch imm
zwei Stunden beträgt.“

Hi ha hopossa — di
rita!

Noch i

wartet man umsonst au
gen. Zwei Tage lang
die grauhaarigen Woh
wind aufscheinend hat.
Die Erde scheint sich
steigen zu wollen. Sie
verzeichnen in den leb
witter.

Auch aus dem Süd
Bericht über große Tu
flagen sich unjere ö
Donaustrand noch v
über nachlastes. Weiter.

Kanton
Der Sozialisteführer
in Freiburg

Vorgestern abend hielt
plierte bei vollbesetzten
Grand' Places einen Vortrag
der Arbeiterschaft:
sich im Prinzip in Nicht
sozialistischen Argumenten
Arbeiterschaft zu fördern
natürlich auf den reinen
der leider auch einen S
sprach nur von den G
tarantes und vom Neben
Das die schweizer. Städ
zwecke freiwillig jährlic
und die unzähligen Sa

Samstag, den 14. Juni 1919.

in Italien steht nunmehr Pfliegungsminister Giulio Caviglia und der Bereich der Möglichkeit leicht eine allgemeine

weiz

von Smyrna entspringt "Journal de Genève", Charakter zuhanden des schweizerischen Doms der Bevölkerung aus. Chaynayat erwartete des Schweizerischen Wörter ohne Unterbrechung stets gleich und ein Vertreter der Verteilung dem Schweizerpresse für ihre Sympathie Bewohner von Lausanne und Basel hatten, nahmen an der

versammlung. ag. Auf Auskunft auswärtige Angelegenheiten Minister Wagner, der gekommen ist, angehört und vorgestossen, die seit Monaten in auf die Einschließungswarten, wo sie eine Reihe besitzen, die Kreise nach Domodossola und ausschließlich entstand verhandeln auf ihre Identität dabei vorgegeben, den Feststellungen später möglich sein soll.

hert. Biel, 12. Juni. Versammlung die Delegierten-Rhein-Rhône-Schiffsbau 150 Teilnehmern besteht und Nechung vorberband zählt gegenwärtig. Als Vorort und als Präsident des Paul Balmer, Genf, beschlossen, mit aller, daß die Lösung des großzügiger Art verhandelt werden kann in immer

Kantons Wallis, hat angenommen und Motorradverkehr folgende Alpenrouten Brig-Gletsch, Gletsch, Brig-Simplon-Gondo, etc., Sierre-Montana, Mâcheins-de-Sion über es, Martigny-Großer ancher-Lourier, Martigny-Morgins, Montreux ist untersagt während von 8 Uhr abends weg bis September und von einem andern Monaten des in Fällen höherer Gezeit darf 18 Kilometer übersteigen. Bei der hasten und über Brücke eines trabenden Pfer-

tern morgen um 2 Uhr Fabrik Compagnie der sich rasch verbreite te es viele Warenvorräte einnahm. Der Schriftsteller

Meldungen. (Wolff.) Der Versammlungsversammlung ist mittags 10 Uhr, nach oben.

(Wolff.) Bei den geplanten wurde Dr. Bürgermeister, Redaktion und Ingenieur Arbeiten Bürgermeister

auf der Straße von einem Geldtransport sind mit 1,900,000. Münzen wurde der Nationalökonomie vertritt, zu 5 Jahren, unter Jubiläum. Seine Frau, sagt war, wurde freie

(Wolff.) Nach den beläuft sich die Zahlischen Börschen-Personen aller Nationen zu Ende.

Wie das neue Leben organisiert ist

in Yucatan (Méjico) verkündet die "Berner Tagwacht" ihren Lesern auf Grund von Berichten, die sie in den Schriften "Young Socialist" und "International Socialist" gefunden habe. Das Bernerblatt schreibt:

"Alle großen Güter wurden sozialisiert. Der Boden gehört der Gesamtheit der Bauern und wird von Distrikts-Komites verwaltet. Das Geldhöfchen wurde verlassen. Ein Kupferzettel wurde jedem Einwohner übergeben und es genügt, dieses Zeichen vorzuzeigen, um in den Warenhäusern alle notwendigen Gegenstände zu erhalten. Dieses System funktioniert gut und hat zu keinen Klagen Anlaß gegeben."

Wie lange dieses "System" "gut funktioniert", und "zu keinen Klagen Anlaß" gibt, sagt die "Berner Tagwacht" nicht. Sie mutet ihren Lesern eine bedenklich kleine Dosis von gesunder Vernunft zu, daß sie ihnen solches anpreisen kann.

Aber auch über die Arbeitszeit in Méjico weiß die "Tagwacht" "Unglaubliches" zu erzählen. Sie schreibt:

"Auch die Sozialisierung der Industrie hat gute Resultate gezeigt. In einer Zuckerraffinerie, in welcher früher 2500 Arbeiter zu einer 14-stündigen Arbeit verdonnirt waren, wurden die Arbeiter in sieben Schichten eingeteilt, die Fabrik ist noch immer 14 Stunden in Betrieb, so daß die tägliche Arbeitszeit nur noch zwei Stunden beträgt."

Hi ha hoppa — die "Tagwacht" in Amerika!

Noch immer

wartet man umsonst auf den erfrischenden Regen. Zwei Tage lang verfolgt man umsonst die grausamen Wölfe, die der Südwestwind aufgesucht hat. Der Regen bleibt aus. Die Tröde scheint sich zur wahren Katastrophe steigern zu wollen. Nur wenige Landstriche verzeichnen in den letzten Tagen etwas Gewitter.

Auch aus dem Süden Frankreichs treffen Berichte über große Tröde ein. Dagegen verlagern sich unsere östlichen Nachbarn am Donaustrand noch bis in die letzten Wochen über nahezu alles Wetter.

Kanton Freiburg

Der Sozialistensührer Mat.-Mat. Grosspiere in Freiburg.

Vorgerufen abends hielt Dr. Nationalrat Grosspiere bei vollbesetztem Saal im Café des Grand' Place einen Vortrag über die Pflichten der Arbeiterschaft. Seine Rede unterschied sich im Prinzip in nichts von all den bekannten sozialistischen Argumenten, mit denen man die Arbeiterschaft zu fördern sucht. Er stellte sich natürlich auf den rein materiellen Standpunkt, der leider auch einen Teil unserer Arbeiterschaft am meisten zu beeinflussen scheint. Er sprach nur von den Entwicklungen des Proletariats und vom Überfluss der Kapitalisten. Daß die schweizerischen Städte für Wohlstätigkeit zwecks freiwillig jährlich 40 Millionen geben, und die unzähligen Sammlungen, Stiftungen und Vergabungen schienen ihm vollkommen unbekannt. "Ein Ziel muß die Arbeiterschaft immer im Auge behalten, die Kommunizierung des Eigentums." Daß seinerzeit in Ungarn bei der Verstaatlichung des Privateigentums der Besitz der Arbeiter nicht verstaatlicht wurde, hat Herr Grosspiere wohlweislich nicht erwähnt. Moderne Gerechtigkeit!

Zu dem folgen nun unsere katholischen Arbeiter noch gut genug sein, um mitzuhelfen, den gerechten Grundzog des Privateigentums zu zerstören. Wir können allerdings von Herrn Grosspiere nicht verlangen, daß er dem Saal der St. Schrift kenne, der lautet: Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist! Aber von den katholischen Arbeitern müssen wir es verlangen. Wir wollen hier durchaus nicht etwa den Egoismus großziehen. Es gibt kein absolutes Privateigentum.

Jeder Arbeitgeber ist aus Gewissen verpflichtet, seine Arbeiter so zu entlohen, daß sie sich und ihre Kinder ohne Schlechtungen durchs Leben bringen und daß sie in den alten Tagen nicht zu darben brauchen. Soweit ist es Recht und Pflicht. Aber der Sozialismus geht viel weiter; er stellt sich überhaupt nicht einmal auf die Grundlage des Rechtes und der Pflicht, sondern lediglich auf die der Macht. Die Sozialisten-Redner operieren immer mit dem ökonomischen Begriff, weil sie wohl wissen, daß sie mit Versprechen wie: Höherer Lohn, weniger Arbeit, Beteiligung am Reingewinn, Abhängigkeit der intellectuellen Unterschiede, am besten den Leuten Spaß in die Augen streuen. Daß sie innerlich die von der katholischen Kirche als Pflicht gestellte Wohlstätigkeit, daß sie die Pflicht der Achtung vor der geistlichen und weltlichen Obrigkeit, daß sie nicht einmal eine Berechtigung der Religion anerkennen, von dem sagen sie nichts; wenigstens in Freiburg hätten sie sich wohl, die letzten Konsequenzen des Sozialismus zu ziehen.

Es ist zum Staunen, wie wenig unsere Arbeiter den Sozialismus kennen. Sie klatschen Beifall und wissen nicht einmal, daß sie dadurch ein System unterstützen, das mit den Grundsätzen unserer Religion und der Gerechtigkeit nicht vereinbar ist. Der Wolf liebt von jeher den Schafspelz. A. R.

Die freiburgische Strohschleierei.

Die Aussichten der Strohschleierei, die in den letzten Jahren auf ein Minimum gesunken, versprechen heute eine sichere Zukunft. Die Konkurrenz Japans und Chinas, die vor dem Krieg die einheimische Ware vom Weltmarkt verdrängte, ist durch die Erscheinung, daß die Modernisierung dieser Länder die Arbeitsfähigkeit bei ihnen in die Höhe trieb, unbedeutend geworden. Anderseits war die Qualität des Freiburger Strohgeschlechts von jeher sehr bekannt und gesucht. Es ergibt sich nun aus diesen Verhältnissen, daß das Ausland gegenwärtig große Bestellungen von Strohgeschlecht in der Schweiz und besonders in Freiburg anzubringen sucht. Leider besteht nun im Kanton Freiburg keine Firma, die die Bestellungen übernehmen könnte, vor allem fehlen uns die Hoffnungen, das heißt die verschiedenen Strohsorten, die zum Flechten geeignet sind. Es ist nun aber für den Kanton von Wichtigkeit, daß diese Industrie, die eine eigentliche Heim-Industrie ist, die die Arbeit in die Familien bringt, wieder zur Blüte gelangt. Es hat sich deshalb ein Initiativkomitee gebildet, das nach reiflichem Studium die Gründung einer anonymen Aktiengesellschaft beschlossen hat. Dieses Unternehmen benötigt keine Gebäudeteile noch Installationen. Das Kapital wird nur zum Kauf von Rohstoffen dienen. Es handelt sich deshalb um die Gründung einer Gesellschaft, die vorläufig ein Kapital von 50,000 Fr. in 500 Aktien zu 100 Fr. aufzubringen hat. Wir hoffen, daß dieses Unternehmen zu Stande kommt, dies besonders in Hinsicht auf die oberen Gemeinden des Ensebecket, in denen früher diese Industrie vielen Familien eine eindrückliche Arbeit verschaffte.

Passerelle-Pontos-Märkt.

Am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet auf Veranlassung des Verkehrsvereins Freiburg die kirchliche Einsegnung der kleinen Hängebrücke Pontos-Märkt statt. Das Publikum wird zu dieser Zeremonie freundlich eingeladen.

Pro memoria. Hermann von St. Johann, (Eing.) Wir machen noch einmal aufmerksam auf die morgen nachmittags in der Kirche zum Schwert stattfindende Einsegnung, deren Beitrag zu Gunsten der Paroisse von St. Johann bestimmt ist. Möge sich jeder daran erinnern, daß es sich um ein verdienstliches Werk handelt. Für sein Geld werden ihm einige fröhliche Stunden und er hat dabei die Genugtuung für einen guten Zweck gedienc zu haben.

Städtische Trambahnen.

Die Totaleinnahmen des Monat Mai betragen 16,599,95 Fr. gegenüber 13,344,70 Fr. im gleichen Monat des Vorjahres. Mehreinnahmen: 325,25 Fr. Die Totaleinnahmen bis Ende Mai 1919 erreichen die Summe von Fr. 82,460,35 gegenüber 59,275,70 Fr. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mehreinnahmen: 23,084,65 Fr.

Gottesdienstordnung.

Sonntag, den 15. Juni.

Heiliggeistkirche. 6 Uhr Feiermesse, Generalsommunion der Junglingskongregation. — 8 1/2 Uhr Hauptgottesdienst, Am und Predigt. — 10 Uhr Kindergottesdienst. — 2 Uhr Becher und Segen. — 8 Uhr Junglingskongregationssammlung. — 8 1/2 Uhr Herz-Jesu-Andacht, Predigt und Segen.

Pfarrkirche St. Moritz. 6 1/2 Uhr Feiermesse. — 7 1/2 Uhr Kindercommunion. — 8 1/2 Uhr Hochamt, französische Predigt. — 10 Uhr heilige Messe, deutsche Predigt, Kindergottesdienst. — 11 Uhr deutsche Christenlehr — 1 1/2 Uhr Becher und Segen. — 7 1/2 Uhr Rosenkranz und Abendgebet.

Franziskanerkirche. 6, 6 1/2, 7, 7 1/2, 8 Uhr hl. Messe. — 9 Uhr Hochamt. — 10 1/2 Uhr Altmärkischer Gottesdienst, deutsche Predigt. — 2 1/2 Uhr Becher und Segen.

Kapuzinerkirche. 4 Uhr Versammlung der deutschen Mitglieder des Dritten Ordens. Herz-Jesu-Worte und päpstlicher Segen.

Kapelle Schwarzer. Jeden Sonntag hl. Messe um 7 Uhr und um 10 Uhr.

Mittelkurse der Borse der Freiburg vom 13. Juni 1919.

Mitteilung der Wechselstube A. Gerde, Schuhengasse 18, Freiburg.

Paris	83,30	Berlin	95,80
London	24,68	Wien	16,75
Rom-Nord. Kabel	5,32	Brag	27 —
Rom-Nord. Gek.	5,90	Rußland	43,50
Brüssel	79,50	Stockholm	197,75
Italien	66,50	Christiansia	135 —
Spanien	107,50	Hopenhagen	128,50
Holland	268,10	Sofia	92 —

Tendenz: schwach für alle Deutschen.

• Neueste Meldungen •

Samstag, 6 Uhr morgens.

Die Pariser Beratungen.

Paris, 14. Juni. (Hava.) Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Sonino arbeiteten gestern an der Ausarbeitung der Antworten auf die deutschen Gegenvorschläge. Sie überreichten der Vertragskommission von 18 Berichten 9. Man glaubt, die Antwort werde am Sonntag abend oder Montag morgen überreicht. Die Deutschen erhalten eine Frist von 8 Tagen.

Gegen die amerikanische Intervention.

Washington, 13. Juni. ag. (Reuter.) Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senates gab einen für den Resolutionenplan des Senators Knox günstigen Bericht aus, nachdem sie den Paragraphen, der bezüglich hat auf die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in dem Falle, daß der Friede in Europa von neuem bedroht sei, abgelehnt hat. Die Resolution wird voraussichtlich bei Beginn der nächsten Woche zur Sprache gebracht.

Der Londoner Vertrag.

Paris, 13. Juni. ag. (Hava.) Dem "Mail" zufolge richtete Orlando ein Schreiben an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, in dem er von der Antwort der Jugoslawen auf das von House und Carden gemachte und von Wilson genehmigte Arrangement Kenntnis nimmt und heißt, daß er, da die Beratungen nicht zum Ziele führen die strikte Anwendung des Londoner Vertrages fordere. Orlando wird zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland hieher zurückkehren.

Bertrauensvotum für die Regierung.

Wien, 13. Juni. ag. (Wolff.) Der Verteilung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat heute ein Vertrauensvotum für den Parteidoktor und für die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung angenommen, in welchem es heißt: Der Parteidoktor der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt die uneingeschränkte Selbständigkeit dieser Partei gegenüber der Regierung und der in ihr wirkenden Parteidoktoren fest. Er drückt trost gewisser Vorcommissen den in der Regierung stehenden Genossen volles Vertrauen aus.

Berner wurde eine Entschließung angenommen, die den Wunsch einer Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Partien ausspricht und in welcher der Parteidoktor seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf der Grundlage des Erfurter Programms erklärt. Hierauf zog die Menge vor das Bezirksgesetzgebungsamt 4 und eröffnete ein Steinbombardement auf die 5 Meter breite Tore, die sie nach einer halben Stunde mit Instrumenten, Brechzügen aufbrach. Ein Steinbogen rückte sich gegen die Fenster des Gebäudes. Sämtliche Scheiben des untersten Stockwerkes wurden zerstört. Die Menge drang in das Gebäude ein. Die Gedrängelmannschaft gab eine Reihe von Schüssen ab auf die Menge, aus der ebenfalls geschossen wurde. Die Schieferie nahm gegen 10 Uhr einen drohenden Chafalter an. Die Mannschaft gab darauf den Arbeitersoldaten Wolff frei, der eine beruhigende Ansprache hielt. Darauf legte sich der tumult.

Es stellte sich heraus, daß die Demonstranten im Gebäude mit Petroleum begossene Emballagen und Reisig angezündet hatten, um durch den Rauch die Wärter am Schießen zu verhindern.

Bis 12 Uhr nachts wurden 18 Personen mehr oder weniger schwer verletzt, ins Krankenhaus eingeliefert. Ein 19jähriger Demonstrant blieb tot auf dem Platz liegen. Der Schaden ist sehr groß. Bären der ganzen Dauer der Demonstration war weder ein Stadt noch ein Kantonspolizist anwesend.

Der Lohnkonflikt bei der Böhlbergbahn.

Bern, 13. Juni. ag. Die Direktion der Bern-Böhlberg-Simpson-Bahn teilt mit: Im Konflikt des B. L. S. Personal wird die Nachreisungszulage von 1919 ist in der heutigen unter dem Vorstoss von Bundesrat Hoab stattgehabten Einigungskonferenz eine Verstärkung erzielt worden, dagegen, daß die Verwaltung der B. L. S. und mitbetriebenen Linien dem Personal pro 1919 eine Nachreisungszulage von Fr. 450 pro Mann und Fr. 30 pro Kind (Temporärarbeitsstunden pro Acta berechnet) ausrichtet, wogegen das Personal seinerseits auf die weitergehenden Ansprüche verzichtet hat.

Staatsrechtlicher Natur.

Lausanne, 13. Juni. ag. Das Bundesgericht hat in seiner Sitzung vom Freitag den staatsrechtlichen Natur gegen das Urteil des Obergerichts des Kantons Uri vom 27. Juni 1918, durch welches Präsident, Vizepräsident und die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Aufsichtskommission der im Jahre 1914 vertragten kaalidien Gräfinnkasse Uri in Altstadt wegen probahrässiger Anpruchserhebung und Anspruchsausübung zu Gedanken von Fr. 1000 bis Fr. 2000 verurteilt wurden, einstimmig als unbegründet abgewiesen.

Beschiedene Meldungen.

Paris, 12. Juni. ag. (Hava.) Am Mittwoch abend fand zu gunsten schweizerischer Flugbegleiter ein Kongress statt, an dem u. a. Gefangene von Jacques Dalcroze zum Vortrag gelangten. Unter den anwesenden Gästen bemerkte man Herrn und Frau Dunant, den schweizerischen Legationssekretär Schreiber mit Gemahlin.

Bundesversammlung

Nationalrat

Nachmittagssitzung vom 12. Juni.

Ordnung des Arbeitsverhältnisses. Die Einheitsabstimmung wird fortgesetzt. Von Höfe, Neuenburg (lib.-dem.) bestreitet entschieden, daß durch die Vorlage dem Bundesrat rechtmäßig die Vollmacht übertragen werden dürfe, den Bundesbeschluß auf Gewerbe, Handel und Industrie auszudehnen. Redner verneint die verfassungsmäßige Grundlage, die durch einen dringlichen, dem Referendum entzogenen Bundesbeschluß nicht erzielt werden kann. Bonhöftl beantragt Abstimmstreit, da er bespricht, daß dieser Weg zur Diskussion des Proletariats führt.

Großpietra, Neuenburg (soz.), polemisieren gegen den Vortredner.

Göttisheim, Basel (freiz.), ist materiell mit der Vorlage einverstanden, hingegen verbreitet er sich über die formellen Bedenken, die man der Vorlage in den Weg legen kann.

Die Vorlage kann nicht das Recht haben die Freiheit eines Gewerbes einzuschränken oder aufzuheben. Kraft des Mehrheitsprinzips kann man ja die Dringlichkeit beschließen. Dann wollen wir offen gestehen, daß wir den Vohen der Verfassung verlassen.

Freiburg hause, Bern, (freiz.), hofft, daß aus der Vorlage keine Schädigung der Spieldräglerei im Lauterbrunnental resultiert. Die Haushaltungsindustrie soll so organisiert werden, daß der Kleinbauer, für den sie in Betracht kommt, sein sicheres Auskommen hat und dem Lande erhalten wird. Die Bauern können mit der vorliegenden Fassung nicht einverstanden sein; unsere Gruppe ist nur für einen Bundesbeschluß zu haben.

Ebenfalls darf die Vorlage nur auf die Heimatangelegenheit angewendet werden.

Burkurg, St. Gallen (kath. soz.), tritt für sofortige Einführung der Reformen für die Heimatangelegenheit ein und zwar durch dringlichen Bundesbeschluß. Die Regelung für das Gewerbe, die Industrie und den Handel soll daher auf ein Gesetz verschoben werden.

Dr. Gorrier, St. Gallen (freiz.). Aus der Verbundenheit der Zentralkonferenz sind wir zum Prinzip schrankenloser Vertragsfreiheit gekommen, die weiter beschränkt werden muß. Eine starke regulierende Macht muß eingreifen können zum Wohle der Gesamtheit. Es handelt sich um Außerordentliches, daß nur so lange praktiziert werden soll, als die außerordentlichen Verhältnisse bestehen.

Oettingen, Aarau (freiz.), befürchtet, daß durch die Vorlage die Gewerbegegesetzung verändert wird.

Grünenfelder, St. Gallen (kath. soz.), fragt sich, ob es nicht besser gewesen wäre, die Heimatangelegenheit für sich zu behandeln, ähnlich wie die Fabrikgesetze, ohne Verbindung mit Industrie, Handel und Gewerbe. Die wichtigsten Vorlagen aus staatspolitischen Gründen dem Referendum entziehen, heißt nicht dem Volle dienen, sondern die Volksrechte verletzen. Wir leisten der Heimatangelegenheit einen Dienst, wenn wir ihre Interessen in einem eigenen Gesetze regeln. Bei der Regelung der Verhältnisse von Gewerbe und Handel hat die Gesamtbevölkerung ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Redner ist für Einführung, aber für Umwandlung der Vorlage in einen Bundesgesetz.

Sitzung vom 18. Juni.

Auktion des Hotel Eiger in Bern. Referent Ueberholz, Aargau (freiz.), empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Ständerat dem Auktionszugestimmen. Das Hotel dient bekanntlich der Unterbringung der Militärsicherung. Der Bund hat in Bern in 2 Gebäuden 346 Bureaus zum Preis von 2,621,738 Fr. gemietet und liefert damit einen "Beitrag" zur Wohnungssnot.

Riedelholz, Bern, (soz. pol. Gr.), betont, daß von einer rationalen Benutzung des Hotels Eiger für die Versicherung keine Rede sein kann. Die Zimmer sind viel zu klein. Die ganze Sache ist ein Musterbeispiel dafür, wie der Bund das Gesetz hinauswirkt.

Der Anlauf wird stillschweigend genehmigt.

Der abgeänderten Verfassung von Thurgau (Einführung des Grossratspräsidenten und des kantonalen Gemeinderatspräsidenten) wird die eidgenössische Gewährleistung erteilt.

Ordnung des Arbeitsverhältnisses. Bundesrat Schultheiss betont, daß die Vorlage nicht dem Druck des Generalsstreiks ihre Entstehung verdankt, sondern die Auftragserteilung hierfür geht auf ein halbes Jahr vor den Streik zurück. Die Schaffung eines eidgenössischen Arbeitssamtes ist die notwendige Voraussetzung für die sozialen Aufgaben, die sie uns überwiesen haben.

Für die Rebktion verantwortlich:
Joh. Pauchard; Dr. Fr. Wäger.

Pfarrer Kuenzle's

Feigen-Kaffee, blühend und hochlein in Aroma. Cichorien-Surrogat „Ergo“ bester Kaffee-Zubatz. Kaffee-Ersatz „Complet“, ohne weitere Zutat.

Nur sechzehn verschlossene Paketen mit Namenszug von Herrn Pfarrer Kuenzle. Erhältlich in allen einschlägigen Detailgeschäften.

Heu-Verkauf

Zu verkaufen bei Moncor, in der Nähe Bietigheys (½ Stunde von der Stadt entfernt) 9 ½ Jucharten Heu.

Sich zu wenden an das Salesianum, Molenstrasse 30, Freiburg.

Bergweide zu verkaufen

Die zwei im Blaßleibschlund schön gelegenen Bergweiden „Wusta“ mit einem Inhalt von 160 Jucharten Weideland und 40 Jucharten zum Teil sehr schönem Waldb werden hiermit zum Verkaufe ausgeschrieben. Auf diesen für 70 Kinder genügend Sommerunterkunft befinden sich zwei große, gut unterhaltene Gehütte, welche mit gutem Trinkwasser reichlich versehen sind.

Weitere Auskunft erteilt bereitwilligst die Spar- und Leihkasse Dillingen.

Zu verkaufen oder zu verpachten

im Schwarzwald Gemeinde Blaßleien das

Bergheimwesen Stalders Knewis

eine Viertelstunde entfernt von der Käserei und von der Straße, Inhalt 15 Jucharten Mattland und 32 Jucharten Weide und Waldb. Betriebsgebäude, Wohnung, Scheune und Stallung, untersteigbarer Brunnen. Antritt auf 22. Februar 1920.

Angebote sind auf dem Wege der Gingabe höchstlich oder mindestlich zu richten bis zum 18. Juni am Valenta Neuhaus, in Altensteig, bei Blaßleien.

Zu verkaufen Heimwesen

20 Jucharten bestes Land mit 1 Jucharte Waldb, Gebäude in sehr gutem Zustand.

Sich zu wenden im Bureau L. Bandere, Avenue du Midi 7, Telephon 4.75, Freiburg.

1505

Inserate

in den

„Freiburger Nachrichten“

sind wegen der weiten Verbreitung auch außerhalb des Kantons sehr wirksam.

Gelegenheits-Verkauf

Eine neue, nie gebrauchte
Mähmaschine „Vertikal“ Stalder
(Jahrgang 1918)

zum Preise von **Fr. 680.— statt Fr. 815.**

Ebenfalls ein neuer Gabelwender „Stalder“
a Fr. 540.

Fritz Ryser, mech. Schmiede,
Tägertschi, Bern.

Bruchleidende

anerkannte handelspatentierte Garnen-Bandage, ohne jedes lästige Feder, aus welchem Leber, individuell nach Maß gearbeitet, selbst nachts bequem tragbar. Vorsprüng bewahrt, ca. 16,000 Stück im Gebrauch. Die einzigartig kontinuierliche Belothe hält den Bruch wie eine schwere Hand von unten nach oben zurück. Schrift. Garantie. + Patent u. Auslands-patente. Herren-Garnagenhaus, St. Gallen. Sehen Sie sich Muster an in Freiburg, Hotel Falken, nur Mittwoch, den 18. Juni, von 8 bis 7 Uhr.

CALORIE

ZENTRALHEIZUNG
FREIBURG : Altbrunnengasse 24A

Telephon 1.44

Wohltätigkeits-Bazar

zu Gunsten der reformierten Krippe Freiburg

Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 1 ½ — 6 Uhr
im reform. Schulhouse in Freiburg

Buffet, Blumen, Chokolade, Zigarren, Handarbeiten, Kunst- und Haushaltungsgegenstände, Fischerei, Tombola, Schattenbilder, Deutung der Handlinien (Chiromantie), Konzert.

Eintritt: 20 Cts.

Abends 8—11 Uhr:

„Venezianische Nacht“: Musik, Buffet, verschiedene Attraktionen, Überraschungen !!!

Eintritt: 50 Cts.

Firma Wwe

FREI

En Gros.

Große Auswahl in tge

Möbel, zu den billigsten

Reiche Auswahl

mit 2 Betten, Hartholz,

mit Kompletten Betten,

Zimmer zahlreiche Gelegen

Preisabschlag

Besichtigen Sie unsere

umse

Sonntag, d

Fahnen

Arbeiterverei

1 Uhr Sammlung auf

1 ½ Uhr religiösa

2 ½ Uhr weltliche Feier

Verschiedene Spiele.

Unter Mitwirkung d

Es laden freundlich ein

Der Arbeit

Bei ganz ungünstiger

8 Tage später.

Heim

zu ver

Jm Buchholz, Gem

Viertelstunde von der Käse

63

Ale

in g

bare

on Jacob. Els

22. Februar 1920.

Heublumen-

Nächsten Dienstag, d

den von 1 Uhr nachmitt

Dübigen, 30 Jucharten, h

öffentlich versteigert werden

Der Zuspruch erfolgt nu

gentümmer von Rindvieh un

Gemeinde Dübigen wohne

Beste einer vom kantone

wirtschaft ausgestellten Er

Bu zahreichem Besuc

le

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

1920

kar
Freiburg
6 Uhr
lburg
ndarbeiten,
Tombola,
, Konzert.

Attraktionen,

IKER!

Waben
Wabenzangen
Wochmaschinen
Winkelkopfisen
Wenschleier
Wenhandschuhe
Wingbüchsen
Wabendrahrt
Wahlverseker
Wenbenbüsten
Wigungsstücke
Weckungsmesser
Wenbenlampen
Wenbestüber
Wenutterträgli
Honigische
Wlochschieber
Wentragleisten
GSTE PREISE!
ASSMER A.-G.
REIBURG.

Firma Wwe Ant. COMTE

FREIBURG

En Gros.

Große Auswahl in tannenen und Harthölzernen Möbeln, zu den billigsten Preisen:

Rolle Auswahl in Schlafzimmern mit 2 Betten, Hartholz, von Fr. 980.— an. mit kompletten Betten, von Fr. 1280.— an. Zimmer zahlreiche Gelegenheiten in unserem Laden. Preisabschlag auf Bettwaren.

Besichtigen Sie unsere Magazine und prüfen Sie unsere Preise. 1349

Preis der Kohlen

Die Verkaufspreise von Kohlen sind vom 1. Juni 1919 an folgendermaßen festgelegt:

Saane-, Brohe- und Glanebegießt.

Steinkohlen (unzerkleinert) die 300 kg.

„ (zerkleinert) 19.—

„ jeder Größe 20.—

Antipazit 18.50

Schniede-Kohlen 18.—

Briketts 13.—

Für den Kleinbedarf und bei Abholen vom Lagerplatz wird 1 Fr. 50 per 100 kg. und für Lieferungen von 5 Tonnen 0 Fr. 50 per 100 kg. Rabatt gewährt.

Kantonales Versorgungsamt.

Sonntag, den 15. Juni

Fahnenweihe

bis

Arbeitervereins Wünnewil

1 Uhr Sammlung auf dem Schulhausplatz

1 1/2 Uhr religiöse Feier in der Kirche.

2 1/2 Uhr weltliche Feier in der Pfarreiwirtschaft.

Verschiedene Spiele. Gemütliche Unterhaltung.

Unter Mitwirkung der ländl. Vereinsmusik

Es laden freudigst ein. 1501

Der Arbeiterverein und der Wirt.

Bei ganz ungünstiger Witterung wäre die Weihe

8 Tage später.

Heimwesen

zu verpachten

Im Buchholz, Gemeinde Wünnewil, eine Viertelstunde von der Käserei entfernt. Inhalt ungefähr 63. Zucharten gutes Mafft- und Ackerland, Haus und Scheune in gutem Zustande. Untersteigerbarer Brunnen.

Sich zu wenden bis 30. Juni, an Jakob. Giffert, im Buchholz. Eintritt den 22. Februar 1920. 1519

Heublumen - Steigerung

Nächsten Dienstag, den 17. Juni 1919, werden von 1 Uhr nachmittags an, im Ottisberg, bei Düringen 30 Heublumen gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden. 1518

Der Zuspruch erfolgt nur an Steigerer, welche Eigentümer von Rindvieh und Pferden sind und in der Gemeinde Düringen wohnen, es sei denn, daß sie im Besitz einer vom kantonalen Departemente der Landwirtschaft ausgestellten Ermächtigung sind.

Zu zahlreichen Besuchen laden ergeben sich Die Versteigerer.

Wo ??

Kaufen Sie heute das kostbare und leichtgehendste Fahrrad, das jehe auswartige Konkurrenz in Bezug auf billigeren Preis für gleichwertige Ware übertrifft? — Bei der

Fa Gebrüder Stucky
Criblet 1 (Remundgasse) Freiburg

WANDELN?

Weil wir rechtzeitig und direkt ab Fabrik große Posten beziehen.

Vertreter der besten Marken.

«Cosmos», «Union», «Raleigh»

Größtes Lager im Kanton

Auf jedes neue Rad gewähren wir schriftl. Garantie

Gelegenheitsvevo von 120 Fr. an

BESTANDTEILE

Besteigergerichte und altbewährte Reparaturwerkzeuge.

Tuchfabrik Sennwald

liefer direkt an Private gediegene Herren- & Damenstoffe, Strumpfwaren und Decken. Annahme von alten Wollaschen. — Muster franko. 682

Acht d. Zinsen in Sennwald (Kt. St. Gallen).



Alex. Martin
in der Remund Gasse 24 befindet
Größtes Pfeifenlager
Eigene Spezialitäten in Tabak & Cigarren

Lieferbereit

Möbelmagazin

F. BOPP

Tapezierer & Dekorateur

8, Schützengasse 8, FREIBURG

Lieferbereit

